



INTERVIEW DES TAGES

„Schwarz-Grün ist kein Thema mehr“

Im Interview mahnen die Ministerpräsidenten [Michael Kretschmer](#) (CDU) und Winfried Kretschmann (Grüne) Engagement gegen Übergriffe auf Wahlkämpfer an. Beim Netzausbau sind sie sich einig, ein politisches Bündnis scheint aber unrealistisch.



„Wir müssen für die Demokratie kämpfen“: Die Bildmontage zeigt Winfried Kretschmann (Grüne, links), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und seinen sächsischen Amtskollegen Michael Kretschmer (CDU), die das Interview per Videoschleife gaben. MONTAGE: JANASHIA/RND; FOTOS: K. NIETFELD, R. MICHAEL/DPA

Herr Kretschmer, Herr Kretschmann, die Übergriffe auf Wahlkämpfer und Politikerinnen in Dresden und Berlin schrecken auf. Ist das ein Problem im Osten – oder nur der Vorläufer für eine Entwicklung im ganzen Land?

Kretschmann: Ich habe die Formulierung gewählt „Das ist der Geruch von Weimar“. Wir müssen für die Demokratie kämpfen auf allen Ebenen, von der Gemeinde bis Europa, deutlich Flagge zeigen und Zivilcourage. Das ist aber kein spezifisches Problem des Ostens. Wir haben solche Angriffe in der ganzen Republik. Und anders als damals ist die Demokratie heute aber wehrhaft und anerkannt.

Kretschmer: Ja, es erinnert an die dunkelsten Zeiten unseres Landes. Angriffe auf Volksvertreter sind Angriffe auf uns alle. Dass das jetzt so zunimmt, verlangt nach einem Rechtsstaat, der durchgreift, vor allem aber nach Widerspruch in der Bevölkerung. Dieser Zeitgeist, der andere Meinungen nur abschätzig betrachtet, ist extrem gefährlich.

Wie erklären Sie sich, dass die AfD ausgerechnet im Osten so viel Zuspruch hat?

Kretschmer: Die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern haben uns auch sehr erschreckt. Es kommen zwei Dinge zusammen: Das eine ist eine sich zunehmend radikalisierende AfD, das andere ist eine Bevölkerung, die das Gefühl hat, dass Demokratie, Rechtsstaat und politische Parteien zunehmend weniger in der Lage und willens sind, die Probleme zu lösen. Früher wurden trotz Frustration keine rechtsextremen Parteien gewählt. Um ihnen den Nährboden zu entziehen, dürfen aber Herausforderungen wie in den Bereichen Migration, Agrardiesel und Energiepolitik keine offenen Baustellen bleiben. Ich bin wütend, dass der Ampel oft kein parteiübergreifender Konsens gelingt.

Kretschmann: Erst einmal lohnt ein Blick über das Land hinaus. Wir unterliegen einem tiefgreifenden Wandel, und wir haben die Tendenz des Rechtsextremismus in der ganzen Welt. In Frankreich etwa gibt es keine

Ampel, die gern als Wurzel allen Übels vorgeschoben wird, aber dieselben Probleme, etwa den internationalen harten Wettbewerb. Die Ost-Bundesländer haben aber etwa ein demografisches Problem mit Abwanderung. Die Bevölkerung in Baden-Württemberg ist dagegen in den letzten zehn Jahren um eine halbe Million Menschen gewachsen. Hier erleben die Menschen auch, dass Zuwanderung wichtig ist, weil sie Dynamik für den Arbeitsmarkt entfaltet. Wir haben auch sehr viel ehrenamtlich engagierte Menschen, was die Demokratie stärkt.

Herr Kretschmer, wie reagieren Sie auf das Urteil, wonach die AfD zu Recht ein rechtsextremistischer Verdachtsfall ist?

Kretschmer: Aus gutem Grund hat sich unser Rechtsstaat Instrumente gegeben, um festzustellen, ob es Feinde unserer Demokratie gibt. Wir sehen diese geistigen Brandstifter seit Jahren in den Parlamenten. Wir sehen, wie Menschen gegeneinander



der gehetzt und in Kategorien wie Volksverräter eingestuft werden. Das ist kein guter Weg, den unser Land nimmt und ich bin froh darüber, dass dieses Urteil so klar und so eindeutig zeigt, wie diese Partei im Inneren wirklich aufgestellt ist. Es mag sein, dass nicht jeder Wähler und auch nicht jedes Mitglied rechtsextrem ist. Aber die Führung, der Geist, der ist es auf jeden Fall.

Herr Kretschmann, wir hören von vielen Ostdeutschen, dass ihr heutiger Frust auch daran liegt, dass ihre Lebensleistung nach der Wende von den Wessis nicht anerkannt wurde. War der Westen zu arrogant?

Kretschmann: Das mag sein, aber was nützt uns diese Analyse?

Man könnte einen Fehler eingestehen, oft hilft das für die Verständigung.

Kretschmann: Natürlich sind Fehler gemacht worden, auch von der Wirtschaft, gar keine Frage. Entscheidend ist aber etwas anderes: dass es nämlich längst vorbei ist. Ich nehme kein arrogantes Verhalten gegenüber den neuen Bundesländern mehr wahr. Da sind wir zum Glück viel weiter. Die Wessis kennen den Osten jetzt viel besser und haben großen Respekt vor den Leistungen dort. Zu glauben, indem wir jetzt noch lange in der Vergangenheit herumrühren, schafften wir Zuversicht – das wird nicht der Fall sein.

Kretschmer: Ich würde mir wünschen, dass wir noch eine Sache lernen: die Stärke und Bereicherung durch unsere unterschiedlichen Erfahrungshorizonte. Beispielsweise in der Einschätzung des Krieges in der Ukraine. Was ich bei dir, Winfried, nie erlebt habe, ist, dass du darüber geurteilt hast. Stattdessen hast du echtes Interesse an dem Austausch gezeigt.

Herr Kretschmann, haben Sie die Position von Herrn Kretschmer zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verstanden? Er plädiert für einen Waffenstillstand.

Kretschmann: Na ja, sagen wir so, ich sehe das einfach anders. Aber in jeder Ministerpräsidentenkonferenz ist es mucksmäuschenstill, wenn die Ostkollegen vortragen und sie eine andere Sicht, Tonlage und Emotionalität in die Debatte bringen. Alle haben großen Respekt vor ihnen, weil sie in Ostdeutschland unter politisch sehr viel schwierigeren Bedingungen arbeiten müssen – mal abgesehen davon, dass Außenpolitik nicht Aufgabe

eines Ministerpräsidenten ist.

Herr Kretschmann, Herr Kretschmer sagt, dass allein die grüne Ideologie dafür gesorgt hat, dass die drei letzten verbliebenen Atomkraftwerke abgeschaltet wurden. Wollen Sie dagegen halten?

Kretschmann: Von Ideologie kann keine Rede sein. Ich habe mit meinem Energieversorger, der EnBW, intensive Gespräche geführt. Die drei Atomkraftwerke länger als im Streckbetrieb laufen zu lassen wäre rechtlich extrem schwierig, teuer und sicherheitsrelevant gewesen. Ein dafür nötiger Sicherheitscheck hätte allein eineinhalb Jahre gedauert. Zudem haben die Betreiber klar darauf verwiesen, dass eine Laufzeitverlängerung in eine Übernahme aller Risiken durch den Staat münden müsse. Und wie man sieht, geht der Strompreis bei uns seit dem Ausstieg stark runter.

Kretschmer: Die veröffentlichten Dokumente sprechen eine klare Sprache. Der Ausstieg zu diesem Zeitpunkt war volkswirtschaftlich falsch und kann nur ideologisch begründet werden. Der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat wenige Tage nach der Abschaltung selbst formuliert: Die Industrie braucht Strompreise von 5 oder 6 Cent pro Kilowattstunde. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den Netzen, die damit verbunden sind, steuern wir aber in Richtung von 10 oder 12 Cent. Dann ist Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig. Mit dem Wegfall von russischem Gas ist ein zentraler Parameter der Energiewende entfallen. Die Energieversorgung ist die Achillesferse einer jeden Volkswirtschaft. Ich sehe nicht, dass wir als eines der ganz wenigen Länder ohne Atomenergie und nur mit unbeständigen Energien das Industrieland Deutschland versorgen können. Es fehlt das Vertrauen in die deutsche Energiewende. Ich rate dringend, sie neu zu berechnen, und zwar mit zwei Parametern: Umweltfreundlichkeit und Ökonomie! So wie das derzeit läuft, unter dem Motto „Koste es, was es wolle“, geht es schief.

Die Kernkraft ist eine der teuersten Energiequellen, und es gibt kein Atommüllendlager. Herr Kretschmer, wären Sie bereit, über ein Atommüllendlager in Sachsen nachzudenken?

Kretschmer: Das ist ein Totschlagargument. Wir haben eine Kommission, die anhand von wissenschaftlichen Kriterien die Eignung verschiedener

Regionen untersucht. Es muss der Standort sein, der am besten dafür geeignet ist. Zu den Kosten: Was ist der Grund dafür, dass viele Länder auf der Welt trotzdem auf Kernkraft setzen? Wenn das Kraftwerk erst einmal steht und läuft, ist es dann immer noch die teuerste Energieform? Nein.

Herr Kretschmann, wie sehen Sie das?

Kretschmann: Ganz anders. Nehmen wir Frankreich: Der zuständige Energiekonzern ist mit knapp 70 Milliarden Euro verschuldet. Atomkraftwerke lassen sich nur mit gigantischen Milliardensubventionen aufbauen. In Frankreich, das ganz auf Atomkraft setzt, ist der Strompreis heute schon für die Wirtschaft höher und wird weiter steigen. Worauf [Michael Kretschmer](#) richtig hinweist, ist der Netzausbau. Der kostet Milliarden. Die Gesteungskosten der erneuerbaren Energien sind viel geringer, weil, einfach gesagt, die Sonne uns keine Rechnung schickt. Um Geld zu sparen beim Bau künftiger Hochspannungstrassen, sollten wir nicht unterirdisch, sondern oberirdisch bauen. Damit würden wir 20 Milliarden Euro einsparen. Außerdem: Für die Erdverkabelung geht ein 40 Meter breiter Arbeitsgraben durch die ganze Republik. Masten aufzustellen wäre ein viel geringerer Eingriff. Robert Habeck ist offen dafür, wenn alle Bundesländer sich einig sind.

Kretschmer: Ich unterstütze ausdrücklich die Initiative gegen die Erdverkabelung. Wir könnten eine riesige Summe und Zeit beim Ausbau sparen.

Die schwarz-grüne Beziehung im Bund ist nicht die beste, dabei ging der Trend noch vor einigen Jahren dahin.

Kretschmer: Schwarz-Grün ist kein Thema mehr. Die Erfahrung zeigt aber, dass Demokraten Gesprächsbereit sein müssen. Dass man mit einem heißen Herzen starten kann und am Ende an gesellschaftlicher Akzeptanz scheitert, sehen wir bei der Ampel.

Kretschmann: Es geht bei einem Bündnis darum, ob es eine Dynamik auslösen kann und in die Zeit passt. Der Kampf gegen den Klimawandel gehört zu den größten Menschheitsaufgaben. Gerade da passen CDU und Grüne sehr gut zusammen, weil wir die Ökonomie und Ökologie verbinden.

Kretschmer: Es ist bitter, dass es den drei Ampelparteien nicht gelungen ist, einen Arbeitsmodus zu finden, der



entlang der ökonomischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten dieses Landes echte Kompromisse erzeugt.

Herr Kretschmann, inwieweit ist die Ampel für den Verlust der Grünen in den Umfragen des Südwestens verantwortlich?

Kretschmann: Die Werte hängen sicher auch mit der Performance der Ampel zusammen. Wenn man dauernd öffentlich streitet, haben die Leute den Eindruck, es wird gar nicht an dem Problem gearbeitet. Es gibt

aber auch tiefere Ursachen, zum Beispiel geht die Bekämpfung des Klimawandels nicht ohne Zumutungen. Und die Menschen sind durch die Vielzahl der Krisen erschöpft. Grundsätzlich: Man muss in der Koalition als Regierungschef viel Zeit darauf verwenden, dass der Laden zusammenhält.

Dann ist Ihre gemeinsame Erklärung: Olaf Scholz hat den Laden nicht im Griff?

Kretschmann: Das liegt nahe.

Was schätzen Sie aneinander?

Kretschmann: Michael Kretschmer argumentiert ganz eigenständig und unkonventionell. Wie er mit seinen Bürgern redet, imponiert mir einfach. Kretschmer: Winfried Kretschmann trägt besonnen seine Argumente vor und gibt allen das Gefühl, dass sie mit anderen Positionen stattfinden können. Das zeichnet einen wirklichen Landesvater aus.

*Interview: Kristina Dunz
und Alisha Mendgen*

Ebenfalls erschienen in: Hannoversche Allgemeine Zeitung Stadtausgabe, Kölner Stadt-Anzeiger Köln, Leipziger Volkszeitung Stadt Leipzig.